

# **BGer 5A\_585/2019 vom 3. September 2019**

Bundesgericht, 2019-09-03, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger\\_5A\\_585\\_2019](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bger_5A_585_2019)

FR: TF 5A\_585/2019 du 3 septembre 2019

IT: TF 5A\_585/2019 del 3 settembre 2019

## **Erwägungen**

### **E. 1**

Angefochten ist ein kantonal letztinstanzlicher Eheschutzentscheid mit Fr. 30'000.-- übersteigendem Streitwert; die Beschwerde in Zivilsachen steht somit offen ( Art. 72 Abs. 1, Art. 74 Abs. 1 lit. b, Art. 75 Abs. 1 und Art. 90 BGG ).

Bei Eheschutzsachen handelt es sich um vorsorgliche Massnahmen im Sinn von Art. 98 BGG ( BGE 133 III 393 E. 5.1 S. 397; zuletzt Urteile 5A\_927/2018 vom 10. Mai 2019 E. 1.2; 5A\_381/2019 vom 10. Mai 2019 E. 1), so dass einzig die Verletzung verfassungsmässiger Rechte gerügt werden kann. Es gilt somit das strenge Rügeprinzip im Sinn von Art. 106 Abs. 2 BGG und das Bundesgericht kann in diesem Fall nur klar und detailliert erhobene Rügen prüfen, während es auf appellatorische Kritik am angefochtenen Entscheid nicht eintritt ( BGE 134 II 244 E. 2.2 S. 246; 142 III 364 E. 2.4 S. 368).

### **E. 2**

Die rechtlichen Ausführungen in der Beschwerde sind rein appellatorisch und es wird eine Verletzung von Art. 176 Abs. 1 Ziff. 1 ZGB (recte: Art. 163 und Art. 276 i.V.m. Art. 285 ZGB ) geltend gemacht; weder wird ein verfassungsmässiges Recht als verletzt angerufen noch lassen sich die Ausführungen inhaltlich als substantiierte Verfassungsrügen deuten.

In der Replik findet sich zwar eingangs der Satz, es werde "die Rüge der Willkür nach Art. 9 BV erhoben". Abgesehen davon, dass substantiierte Willkürfragen in Bezug auf die Beschwerdevorbringen nicht erst in der - nach Ablauf der Beschwerdefrist eingereichten - Replik nachgeholt werden können, erfolgt die Aussage ohnehin abstrakt; die sich anschliessenden Ausführungen bleiben wiederum appellatorisch.

Im Übrigen bauen die rechtlichen Ausführungen weitgehend auf Sachverhaltsbeanstandungen im Zusammenhang mit der Feststellung der Leistungsfähigkeit des Beschwerdeführers, für welche zufolge der Sachverhaltsbindung gemäss Art. 105 Abs. 1 BGG selbst ausserhalb des Anwendungsbereiches von Art. 98 BGG substantiierte Willkürfragen zuerheben wären (vgl. Art. 97 Abs. 1 i.V.m. Art. 106 Abs. 2 BGG ; BGE 140 III 264 E. 2.3 S. 266). Die kantonalen Gerichte nahmen die Unterhaltsfestsetzung auf der Grundlage vor, dass der Beschwerdeführer Alleinaktionär der D.\_\_\_\_\_ AG ist und sich angesichts der (unstrittigen) Bezüge vom Kontokorrentkonto eine Leistungsfähigkeit von Fr. 33'200.-- pro Monat ergibt. Zwar erscheint in diesem Zusammenhang auf S. 17 der Beschwerde das Wort "willkürlich"; indes erfolgen weder explizite Willkürfragen noch inhaltlich Ausführungen, welche der Substanziierungspflicht im Sinn von Art. 106 Abs. 2 BGG genügen. Das Obergericht hat sich mit den weiteren (rein appellatorischen) Vorbringen in der vorliegenden Beschwerde, wonach er das Arbeitsverhältnis mit seiner Firma aufgelöst habe und die Firma Verluste schreibe, bereits ausführlich auseinandergesetzt und dabei auf die freien Reserven von Fr. 1'650'000.-- und

darauf verwiesen, dass die freien Gewinnreserven trotz der behaupteten hohen Verluste im Jahr 2018 kaum abgenommen hätten, sowie im Übrigen festgehalten, dass der Beschwerdeführer, selbst wenn er das Arbeitsverhältnis mit seiner Firma aufgelöst habe, angesichts der Tatsache, dass er Alleinaktionär und das einzige Organ in der Firma sei, als Selbständigerwerbender behandelt werden müsse und er weiterhin die früheren Privatbezüge tätigen könne. Diesbezüglich müssten explizite und auch inhaltlich den Anforderungen von Art. 106 Abs. 2 BGG genügende Willkürprüfungen erfolgen. Im Übrigen wird nicht dargelegt, dass und an welcher Stelle die als Beilage 7 eingereichte "Aufstellung betreffend Entwicklung Erfolgsrechnung", die nicht einmal von jemandem unterzeichnet ist und mit welcher die angeblichen Verluste der Firma dargetan werden sollen, bereits im kantonalen Verfahren prozesskonform eingeführt worden wäre; sie hat damit als neu und unzulässig zu gelten ( Art. 99 Abs. 1 BGG ).

### **E. 3**

Insgesamt ergibt sich, dass auf die Beschwerde mangels Erhebung tauglicher Rügen nicht eingetreten werden kann.

Bei diesem Verfahrensausgang wird der Beschwerdeführer kosten- und entschädigungspflichtig ( Art. 66 Abs. 1 und Art. 68 Abs. 2 BGG ).

Mit dem Entscheid in der Sache wird das Gesuch um aufschiebende Wirkung gegenstandslos.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.